

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0067/2016/IV

Datum:
31.03.2016

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

**Bereitstellung von Wohnungen für Flüchtlinge durch
die GGH**

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	12.04.2016	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	28.04.2016	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit und der Gemeinderat nehmen diese Informationen zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Nicht bezifferbar	
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Vorlage informiert über die Bereitstellung von Wohnungen für Flüchtlinge durch die Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH (GGH).

Begründung:

Mit Antrag Nummer 0012/2016/AN vom 01.02.2016 beantragen Linke/Piraten und Bunte Linke die Behandlung des Themas „Bereitstellung von Wohnungen für Flüchtlinge durch die GGH“. Das Thema der dezentralen Unterkünfte außerhalb von Containerlösungen für Flüchtlinge bedürfe einer angemessenen Behandlung im Gemeinderat.

Mit Anlage 01 zur Drucksache stellen die Antragsteller folgende ergänzenden Fragen:

1) Könnten Sie über die Ergebnisse bei der Suche nach dezentralen Unterkünften für Flüchtlinge außerhalb der Containerlösungen informieren?

Es gab dazu in vielen Stadtteilen eine von Stadtteilvereinen organisierte Auftaktveranstaltung mit großer Bürgerbeteiligung. Es wurde nach Wohnungen für Flüchtlinge in der vorläufigen Unterbringung gesucht, wobei zunächst nicht Container vorgesehen waren, sondern bestehende Häuser und Wohnungen. Koordiniert hat die Anfragen Frau Haas-Scheuermann vom Amt für Soziales und Senioren.

2) Welche Unterstützung für Flüchtlinge in dezentraler Unterkunft hat die GGH bisher geleistet beziehungsweise welche Pläne hat die GGH hierfür?

3) Welche Möglichkeiten sieht die GGH, die Unterstützung für Flüchtlinge auszuweiten?

4) Welche Reaktion der GGH gibt es auf den Vorschlag von Bezirksbeiräten Handschuhsheims zur Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften in der Blauen Heimat?

1. Stellungnahme der Verwaltung

Zur Frage 1) nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Bei der Auftaktveranstaltung „Heidelberger Flüchtlingsstrategie – Perspektiven 2017“ am 28. Januar 2015, zu der Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner eingeladen hatte, wurde mit den Stadtteilvereinen verabredet, dass es in jedem Heidelberger Stadtteil vertiefende Informationsveranstaltungen zur Flüchtlingsthematik geben sollte. Inhalt der Veranstaltungen sollte jeweils eine umfassende Information über die Lage in Heidelberg sein, gleichzeitig wurden die Bürgerinnen und Bürger aber auch um Unterstützung gebeten bei der Suche nach Wohnraum und nach Teilhabemöglichkeiten für Menschen auf der Flucht in den Stadtteilen. Dazu wurde ein Informationsflyer entwickelt, der diese Themen aufgreift (siehe Anlage 1).

Folgende Informationsveranstaltungen fanden seither statt:

- Ziegelhausen 02.04.2015
- Boxberg/ Emmertsgrund 23.04.2015
- Neuenheim 03.06.2015
- Wieblingen 18.06.2015
- Handschuhshheim 08.07.2015
- Rohrbach 22.07.2015
- Schlierbach 11.11.2015
- Bahnstadt 16.11.2015
- Weststadt 08.03.2016

Die überwiegenden Rückmeldungen aus dem Kreis der Besucherinnen und Besucher waren positiv, von Seiten der Bürgerschaft wurde eine große Hilfsbereitschaft und Offenheit signalisiert.

So wurden der Stadt Heidelberg in der Folge insgesamt 210 Objekte aus der Bürgerschaft angeboten, die, sofern sie grundsätzlich in Frage kamen, alle bei Besichtigungen in Augenschein genommen wurden. Davon führten rund 50 Angebote letztlich zu einer Anmietung durch die Stadt, einige wenige wurden auch direkt an Menschen auf der Flucht vermietet. In der Prüfung sind momentan noch 14 Wohnungen.

Die übrigen Angebote kamen für eine Anmietung nicht in Betracht. Gründe dafür waren zum Beispiel der Zustand der Wohnung (Schimmel oder andere Mängel), baurechtliche Gründe (Gewerbeobjekte), eine zu hohe Miete, Angebote von außerhalb Heidelbergs, der räumliche Zuschnitt oder dass die Wünsche des Vermieters an die potenziellen Mieter zu komplex waren (zum Beispiel christliche syrische Familie mit Kindern nicht über 12 Jahren und Veganer/Vegetarier). Einige Angebote wurden auch wieder zurückgezogen, weil sich die Anbieter zwischenzeitlich doch anders entschieden hatten.

2. Stellungnahme der GGH

Zu den Fragen 2) und 3) nimmt die GGH wie folgt Stellung:

„Zusätzlich zu der Sammelunterkunft in der Henkel-Teroson-Straße hat die GGH innerhalb rund eines Jahres bis Ende 2015 der Stadt Heidelberg, im Rahmen der Suche nach dezentralen Unterkünften für Flüchtlinge, weitere 31 Wohnungen mit insgesamt 85 Wohnräumen in insgesamt sieben Stadtteilen zur Verfügung gestellt.

In welchem Umfang Wohnungen direkt von der GGH an Flüchtlinge beziehungsweise Asylberechtigte vermietet wurden, lässt sich leider nicht beziffern.

Die GGH ist weiterhin bereit sich im bisherigen Umfang an der dezentralen Bereitstellung von Unterkünften für Flüchtlinge, rund 30-35 Wohnungen pro anno, zu beteiligen. Darüber hinaus plant die GGH in Zusammenarbeit mit der Stadt Heidelberg die Erstellung weiterer Flüchtlingsunterkünfte an unterschiedlichen Standorten im Stadtgebiet. Eine Ausweitung dieses Engagements ist auch im Hinblick auf die soziale Durchmischung nicht vorgesehen.“

Zu Frage 4): Die Wohnanlage „Blaue Heimat“ ist im Bestand der GGH und wird langfristig und preisgünstig im Rahmen der freiwilligen Selbstbindung vermietet. In diesem Zusammenhang hat die GGH in den letzten Jahren erheblich investiert, um die Vermietbarkeit der Wohnungen sicherzustellen. Die Innensanierung der Wohneinheiten erfolgte insbesondere im Hinblick auf Umfang und Zeitpunkt der Sanierung einzelfall- und bedarfsabhängig. In der Blauen Heimat kommt es nur im Zusammenhang mit notwendigen Herrichtungsarbeiten bei Mieterwechseln zu kurzzeitigen Leerständen. Dauerhafter Leerstand ist nicht vorhanden. Generell ist es denkbar, einzelne, durch Kündigung freiwerdende, Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen an das Amt für Soziales und Senioren zu vermieten.

Zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit am 12.4.2016 wird ein Vertreter der GGH eingeladen, um für Fragen zur Verfügung zu stehen.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
WO 2	+	Preiswerten Wohnraum sichern und schaffen, Konzentration auf den preisgünstigen Wohnungsmarkt Begründung: Die GGH beteiligt sich aktiv an der Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum für Flüchtlinge. Ziel/e:
DW 4	+	Integration und Interkulturelle Handlungsansätze fördern Begründung: Durch die Unterbringung in kleinen Wohneinheiten für Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung kann die Integration in das Stadtleben gefördert werden.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

In Vertretung
gezeichnet
Wolfgang Erichson

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Flyer „Heidelberg hilft! Helfen Sie mit.“